

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Dr. Simone Strohmayr
Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo
Abg. Dr. Wolfgang Heubisch
Staatsminister Bernd Sibler
Abg. Bernhard Seidenath
Staatsminister Klaus Holetschek
Abg. Florian Siekmann
Abg. Eva Gottstein
Abg. Andreas Winhart
Abg. Markus Plenk
Abg. Klaus Adelt
Abg. Matthias Fischbach
Abg. Dr. Marcel Huber
Abg. Anne Franke
Erster Vizepräsident Karl Freller
Abg. Gerd Mannes
Staatsministerin Judith Gerlach

Präsidentin Ilse Aigner: Damit kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 1:**

Befragung der Staatsregierung in der Corona-Krise

Die Fragen werden dieses Mal in der Reihenfolge SPD, FDP, CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER und AfD gestellt. Wie bisher: vier Minuten pro Fraktion, für die fraktionslosen Mitglieder je eine Minute inklusive Rückfragen.

Die erste Frage kommt von Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr und richtet sich an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Kultusminister, Sie haben mehrmals öffentlich geäußert, jedem Schüler und jeder Schülerin hier in Bayern, die noch nicht über ein persönliches digitales Endgerät verfügen, eines zu beschaffen. Zuletzt haben Sie das in der Sendung "Jetzt red i" im Bayerischen Rundfunk versprochen. Ich habe in den letzten Tagen mit vielen Mittelschullehrkräften gesprochen. Dabei wurde mir immer wieder versichert, dass in vielen Mittelschulen gerade einmal 30 % der Schülerinnen und Schüler ein digitales Endgerät hätten, also 70 % immer noch keines.

Ich frage Sie in diesem Zusammenhang: Was haben Sie, Herr Kultusminister, persönlich getan, um dieses Versprechen umzusetzen? Haben Sie überhaupt bayernweite Zahlen hinsichtlich der Versorgung mit Endgeräten? Haben Sie zum Beispiel schon einmal die Eltern bayernweit aufgeklärt, auf welchem Weg sie zu digitalen Endgeräten für Schüler und Schülerinnen kommen können?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister Prof. Piazzolo, bitte schön.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Frage. Die sogenannten Schülerleihgeräte sind ein sehr wichtiges Thema. Das sind Geräte, die während der Pandemie Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt werden können.

Die Grundlage bilden zwei Programme: ein Programm des Bundes als Annex des Digitalpaktes und natürlich auch Geld des Freistaates Bayern, das dafür ausgegeben wird. Es ist entsprechend umgesetzt worden. Selten ist ein Programm so schnell und so erfolgreich umgesetzt worden. Unser Dank geht auch an die Kommunen; an diese hat es sich nämlich gerichtet. Die Kommunen haben die entsprechenden Geräte angeschafft und dann den Schulen zur Verfügung gestellt. Die Geräte sollen an die Kinder und Jugendlichen gehen, die über solche nicht verfügen. Aber sie müssen sich melden.

Wir haben insoweit einiges getan. Wir haben diese Richtlinie sehr schnell umgesetzt. Wir verfügen inzwischen – das wurde mir gemeldet – über 182.000 solcher Geräte, die den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung gestellt werden können. Im vergangenen Schuljahr waren es von der Größenordnung her noch zwischen 40.000 und 50.000; diese Zahl wurde in den letzten Wochen und Monaten mehr als vervierfacht. Ziel ist es, dieses Angebot weiter auszubauen.

Wir haben die Schulen frühzeitig angeschrieben. Den Eltern ist mitgeteilt worden, dass sie sich an die Schulleitungen wenden sollen. Entweder stehen an den Schulen Geräte zur Verfügung. Wenn das nicht der Fall ist, dann kann ein Gerät vielleicht auch über die Schulaufsicht organisiert werden.

Man sollte aber immer festhalten – auch das ist wichtig –: Die Geräte gehören den Kommunen, nicht dem Freistaat Bayern. Die Kommunen haben sie beschafft. Sie sind Sachaufwandsträger, und ihnen gehören die Geräte. Insofern sind sie natürlich auch immer zu fragen. Wir können also nicht über den Kopf der Kommunen hinweg über fremdes Eigentum bestimmen. Aber es ist mein Interesse, dass solche Geräte nicht irgendwo herumliegen, sondern dass sie dem Zweck entsprechend ausgereicht werden. Deshalb habe ich in der von Ihnen angesprochenen Sendung des Bayerischen Rundfunks deutlich darauf hingewiesen, dass diese Geräte zur Verfügung stehen. Ich hoffe, dass sie entsprechend ihrem Zweck zum Einsatz kommen.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage von Kollegin Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Kultusminister, angesichts Ihres Versprechens möchte ich nachfragen: Wie stellen Sie sicher, dass jede Schülerin und jeder Schüler ein digitales Endgerät hat, und welche Vergünstigungen bekommen Schülerinnen und Schüler, die nicht über eines verfügen? Sie sprechen ja immer von Bildungsgerechtigkeit. Wie kann hier Bildungsgerechtigkeit hergestellt werden?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Die Frage nach "Vergünstigungen" habe ich nicht ganz verstanden. Was heißt "Vergünstigungen" für diejenigen, die kein Gerät haben? Es ist ja nicht immer so, dass gar kein Gerät da ist, sondern relativ viele Schüler, gerade an den Mittelschulen, verfügen über ein entsprechendes Handy oder Smartphone und können so den Unterricht verfolgen. Das halte ich aber nicht für ideal, weil es ein bisschen schwierig ist, auf diese Weise den Unterricht zu verfolgen.

Ich sage noch einmal: Man kann dann ein Gerät beantragen. Das muss man aber auch tun. Wir können nicht mehr tun, als dazu aufzufordern. Den Eltern sage ich: Bitte meldet es eurer Schule.

Natürlich kann es auch sein, dass die Lehrer fragen, wer nicht über ein Gerät verfügt. Das ist natürlich schon auch ein Thema der Schulfamilie. Es ist nicht so, dass das Kultusministerium bei 1,7 Millionen Schülerinnen und Schülern schaut, wie die Situation zu Hause ist. Ich muss es noch einmal sehr deutlich sagen: Der Freistaat Bayern und der Bund sind in Vorlage gegangen. Wir haben viel Geld ausgegeben; die Kommunen haben es sehr schnell abgerufen. Jetzt stehen 182.000 Geräte zur Verfügung. Diese Information ist – über Pressekonferenzen, über Briefe – nach außen gebracht worden. Das ist die Bringschuld, die wir erfüllt haben.

Es gibt aber auch eine Holschuld in dem Sinne, dass man sich meldet und sagt: Ich hätte gern ein Gerät. – Dann kommt man auch zusammen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Die Frage kommt von dem Kollegen und Vizepräsidenten Dr. Wolfgang Heubisch.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Bernd! Sie waren bis Ende Dezember 2020 Vorsitzender der Kulturministerkonferenz. Ehrlich gesagt: Ich hätte mir mehr erwartet, und zwar, dass du dich in dieser wichtigen Funktion beim Thema Unterstützung von Solo-Selbstständigen stärker hättest durchsetzen können.

Was ist die Wirklichkeit? – Künstlerinnen und Künstler haben vielfach immer noch keine Hilfe erhalten. Als Einziges höre ich immer, dass hierfür auch der Bund verantwortlich sei. Langsam macht mich und viele Kulturschaffende das – man kann es so deutlich sagen – wirklich sauer.

Erstens hatten Sie das wichtigste übergreifende Amt monatelang selbst inne. Zweitens ist es den Betroffenen doch herzlich egal, woher die Hilfen bekommen. Für sie zählt, dass sie endlich ihr Geld überwiesen bekommen.

Ich lasse auch nicht mehr die Ausrede gelten, dass das ganze Antragsverfahren über das Wirtschaftsministerium bzw. den Bund laufe. Dann muss man halt einmal dem Kollegen Aiwanger auf die Füße steigen, meine ich. Er macht das doch auch; er kann das ja auch. Also kann man das doch auch zurück machen.

Deswegen meine Frage: Wie setzen Sie sich persönlich dafür ein, dass die Gelder endlich fließen und die Kulturschaffenden nicht mehr von Ankündigungen leben müssen? Ich möchte auch deutlich fragen, ob Sie das Thema einmal im Kabinett angesprochen haben.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister Sibler, bitte.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Sehr geehrter Herr Kollege, lieber Wolfgang, herzlichen Dank für diese Frage. Du bist anscheinend nicht vollständig über den Sachstand informiert; denn tatsächlich ist auf Bundesebene eine ganze Reihe von Programmen auf den Weg gebracht worden, die die Kollegin Grütters gemacht hat und die natürlich alle mit uns rückgekoppelt waren. Wir haben sie gemeinsam abgestimmt, also auch vonseiten der Länder auf Ministerebene betrieben. Als Vorsitzender der Kulturministerkonferenz im letzten Jahr durfte ich das federführend begleiten.

Viele Maßnahmen sind schon angelaufen; ich habe gerade die Kollegin Gerlach gesehen: Die Kinoförderung war ausdrücklich mit dabei. Viele Lüftungsgeräte und Dinge zur unterstützenden Förderung sind vom Bund über die mit den Länderministern abgesprochenen Programme der BKM auf den Weg gebracht worden. Du stellst also eine falsche Voraussetzung in den Raum; denn es ist wirklich sehr viel passiert.

Genauso ist es mit der Überbrückungshilfe II und III weitergegangen. Gerade Bayern und ich haben eine wesentliche Rolle dabei gespielt, dass vor Weihnachten die verschiedenen Programme, die auf Ebene der Wirtschaft gelaufen sind, mit bayerischen Programmen kombiniert werden konnten. Wir haben Gott sei Dank am 17. Dezember 2020 unser rein bayerisches Programm starten können. Es wurden mehr als 4.000 Anträge gestellt, was übrigens jetzt schon mehr ist als das komplette viel gelobte Programm in Baden-Württemberg, das wir hier im letzten Sommer auch thematisiert hatten; wir stehen also jetzt schon besser da. Ein Nachfolgeprogramm gibt es in Baden-Württemberg meines Wissens noch nicht. Wir arbeiten gerade daran, die Fortsetzung zu gestalten.

Ich darf noch auf das Spielstättenprogramm verweisen, das wir verlängert haben, zu dem viele Betreiber von Spielstätten mittlerweile ihren zweiten Antrag stellen. Ich darf auf das Laienmusikprogramm verweisen, zu dem mittlerweile viele Verbände ihren zweiten Antrag stellen. Ich denke, dass wir insgesamt vernünftig unterwegs sind – je

schneller, desto besser. Bevor du nachfragst: Das Stipendienprogramm werden wir noch im Februar starten.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Dr. Heubisch hat trotzdem eine Nachfrage.

Dr. Wolfgang Heubisch (FDP): Jetzt habe ich noch das Problem der Öffnungsperspektiven zum Drei-Schritte-Papier der Kulturminister. Wie siehst du das persönlich? Setzt du dich dafür ein? Wie setzt du dich dafür ein? Wie sind die Öffnungsperspektiven aus deiner Sicht eines Staatsministers denn wirklich?

(Beifall bei der FDP)

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Ich beobachte eine interessante Bipolarität des Kollegen Heubisch. Auf der einen Seite fragt er, was ich als Vorsitzender der Kulturministerkonferenz gemacht habe, auf der anderen Seite zitiert er dann ein Papier, das unter meinem Vorsitz erarbeitet worden ist. Das Programm ist im Dezember aufgestellt worden; es war sozusagen das letzte Thema, das ich bearbeitet hatte. Deshalb ist doch völlig klar, dass ich dieses Programm unterstütze – immer unter Berücksichtigung des pandemischen Geschehens, wann immer es möglich ist, um keine leichtfertigen Änderungen und Öffnungen, um keine Hoffnungen zu machen, die zerschellen. Es geht darum, eine vernünftige und belastbare Perspektive zu bieten.

Im Übrigen darf ich zur vorherigen Frage noch kurz sagen: Im Kabinett haben wir das Thema, nebenbei bemerkt, mehrfach angesprochen; das ist doch völlig klar. Du weißt ja eigentlich aus eigener Erfahrung, wie es läuft. Du stellst hier Fragen, deren Antworten du schon längst kennst; das ist immer ein nettes Spiel mit dir.

Noch ein kurzer Hinweis auf die anderen Programme, speziell auf die Programme für die Solo-Selbstständigen. Ich darf den Bundesverband Schauspiel zitieren:

Für Tausende von kurzfristig beschäftigten Schauspielern habe es außerhalb Bayerns jedenfalls seit zehn Monaten keinerlei Unterstützung gegeben [...]. Der Freistaat sei in diesem Fall mit seinen Angeboten die rühmliche Ausnahme.

Noch Fragen?

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke schön, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Fragesteller ist der Kollege Bernhard Seidenath für die CSU-Fraktion.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Staatsminister, Impfungen sind aktuell unser schärfstes Schwert im Kampf gegen Corona. Nun haben wir leider zu wenig Impfdosen, aber immerhin einen dritten zugelassenen Impfstoff. Der Bund hat nun die Empfehlungen der Ständigen Impfkommission umgesetzt und eine neue Coronavirus-Impfverordnung erlassen, die seit gestern in Kraft ist. Ich frage deshalb die Staatsregierung: Wie wird diese vonseiten des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege eingeschätzt?

Ich mache es noch ein bisschen konkreter. Die Bundesländer dürfen nun einzelne Jahrgänge zeitversetzt mit dem Ziel einladen, dass die Impfungen gegen das Coronavirus schneller organisiert werden können. Welche Pläne hat Bayern dazu?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister Holetschek.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin! Lieber Kollege Seidenath, die Coronavirus-Impfverordnung ist neu gefasst worden und macht in den einzelnen Priorisierungsgruppen teilweise Unterschiede. Bestimmte Erkrankungsbilder wie auch einige Krebserkrankungen sind nach vorne gerückt, und in Teilbereichen ist die Verordnung differenzierter geworden.

Der entscheidende Faktor ist aber, dass wir einen dritten Impfstoff haben, wie Sie richtig beschreiben, nämlich den von AstraZeneca, der von der STIKO nur für die Alterskohorte von 18 bis 65 Jahren zugelassen wurde, im Gegensatz zur EMA, die ihn unbegrenzt zugelassen hatte. Die STIKO hat sich entschieden, ihn aufgrund der Studienlage nur in dieser Alterskohorte einzusetzen. Wir hoffen allerdings, dass relativ schnell weitere Unterlagen kommen, die möglicherweise eine Ausweitung zulassen.

Ich glaube aber – diese Anmerkung gestatten Sie mir –, dass es beim Thema Impfstoff ganz wichtig ist, Vertrauen zu schaffen. Deswegen ist es richtig, dass wir genau bei den Zulassungskriterien bzw. in dem Fall bei den Empfehlungen der STIKO bleiben. Es ist ein Impfstoff, der angewendet werden soll und muss. Er wird in die einzelnen Priorisierungsstufen im Sinne einer vorrangigen Nutzung eingebracht. Deshalb ist es ein gutes Signal, dass jetzt mehr Impfstoff zur Verfügung steht.

Wir werden in Bayern auch das Thema der Einzelfallentscheidungen mit einer Impfkommision angehen und parallel dazu versuchen, die Entscheidungen in den Impfzentren vor Ort zu schärfen. Daher halte ich die Überarbeitung der Impfverordnung für gut. Wir werden sie mit den Anforderungen an unser Softwaresystem BayIMCO synchronisieren, damit auch dort nachvollzogen werden kann, wie die Priorisierungen bei der Onlineregistrierung laufen.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage des Kollegen Seidenath, bitte schön.

Bernhard Seidenath (CSU): Wird Bayern auch von der Möglichkeit Gebrauch machen, Jahrgänge zeitversetzt einzuladen? Falls ja – wie kann man sich das vorstellen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Indem man die Möglichkeit hat, in der Einladung die Dinge genauer auszusteuern. Das werden wir nach Möglichkeit anwenden, mit den Impfzentren besprechen und auch davon Gebrauch machen.

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage an Staatsminister Holetschek kommt vom Kollegen Siekmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Staatsminister, die Virusmutationen bereiten uns zunehmend Sorge, da sie sowohl zu einer leichteren Übertragbarkeit als auch zu einer Abschwächung der Wirksamkeit der Impfstoffe führen können. Angesichts dessen und des Auftretens von Mutationen in Nachbarregionen hat Kollege Blume bereits mit Grenzschließungen gedroht. Ich möchte anmerken, dass wir auch die Regionen bei uns nicht vergessen sollten, die einen hohen Inzidenzwert haben, weil natürlich auch das ein Reservoir für das Virus ist, das Mutationen begünstigen kann.

In jedem Fall brauchen wir dringend Klarheit darüber, welche Kategorien des Erregers in Bayern im Umlauf sind. Deswegen lautet meine Frage an Sie: Welche problematischen Mutationen sind in Bayern nachweislich im Umlauf? Konnten Sie auch bei den Tests von Grenzpendlerinnen und Grenzpendlern sowie Grenzgängerinnen und Grenzgängern einzelne dieser Mutationen nachweisen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Die Mutation ist tatsächlich ein ganz wichtiges und zentrales Thema. Auch nach Rücksprachen mit den Virologen ergibt sich daraus das Bild, dass wir auf der einen Seite nicht in Panik verfallen dürfen, das Thema auf der anderen Seite aber sehr ernst nehmen müssen. Daraus ist auch entstanden, dass wir die Datenlage verbessern wollen, was ein ganz wichtiges Thema ist; denn nur auf der Grundlage der Datenlage kann es gelingen, wirklich auf Faktenbasis Entscheidungen zu treffen, wie wir mit dem Thema weiter umgehen.

Deswegen haben wir das gemeinsame Projekt mit den Unikliniken hochgefahren, um einfach mehr Sequenzierungen zu machen. In der Zwischenzeit gibt es auch die variantenspezifischen PCR-Tests, die durchgeführt werden. Wir haben darauf hingewiesen, dass jeder positive Test entsprechend untersucht werden muss, um die Datenlage zu verstärken.

Stand heute haben wir beim LGL 129 bestätigte Fälle von Mutationen vorliegen. Im Wesentlichen handelt es sich um die britische Mutation B.1.1.7, zu der in einzelnen Fällen die südafrikanische Mutation sowie Mutationen aus Brasilien und andere nicht ganz spezifizierte Varianten von Mutationen hinzukommen. Das Virus entwickelt sich ständig weiter, denn es ist das Wesen eines Virus, zu mutieren. Daher werden wir auch ständig weitere Mutationen erleben.

Ich halte es für wichtig, dann relativ schnell Klarheit über die Frage zu bekommen, was passiert. Darüber, dass es wohl eine höhere Ansteckung gibt, besteht in der Wissenschaftswelt inzwischen wohl Konsens. Die Frage richtet sich zum Beispiel auf die Immunreaktion bei der südafrikanischen Variante, die möglicherweise geringer ist, was auch in Bezug auf die Wirksamkeit der Impfstoffe ein wichtiges Thema ist. An dieser Stelle möchte ich noch einmal sagen, dass die Impfstoffe trotzdem wirken. Mir ist es extrem wichtig, dass wir hier keine grundsätzliche Debatte über die Wirksamkeit von Impfstoffen führen; ich glaube, darin sind wir einer Meinung. Wir werden das genau beobachten. Ich bin davon überzeugt, dass wir da noch relativ schnell Daten hochfahren werden, um dann besser entscheiden zu können, wie wir die Menschen schützen.

Dieses Thema haben Sie ja auch bei der Grenzschließung angedeutet. Im Moment haben wir dieses Thema in Tschechien. Natürlich ist diese britische Mutation auch dort aufgetaucht. Im Bundesland Tirol in Österreich geht es sehr stark um die südafrikanische Variante. Das sind wohl die zwei Hauptgruppen, die im Moment im Fokus stehen.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Nachfrage vom Kollegen Siekmann, bitte.

Florian Siekmann (GRÜNE): Eine kurze Nachfrage: Sie haben eben angesprochen, Sie hätten angeordnet, dass im Idealfall alle positiven Tests untersucht werden sollten. Wie viele Sequenzierungen schaffen wir in Bayern in der Woche gerade ungefähr? Sind wir schon so weit, dass alles sequenziert oder zumindest mit einem Varianten-PCR-Test getestet werden kann? Oder ist da noch ein bisschen Luft nach oben?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Da ist sicherlich noch Luft nach oben, weil das Projekt ja erst gestartet ist. Wir wollen pro Woche 700 Sequenzierungen durchführen. Wir haben jetzt mit den Labors gesprochen, die schon diese variantenspezifischen PCR-Tests machen, bei denen eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass sich der Verdacht auch erhärtet. Wir wollen, dass beim LGL alle positiven Proben auch noch einmal mit dieser variantenspezifischen PCR-Testung untersucht werden, um damit schon eine relativ hohe Gewissheit zu bekommen. Wir werden das System ausrollen.

Bei dem Projekt mit den Unikliniken ist mir auch wichtig, dass wir dort nicht nur die Frage der Epidemiologie beurteilen können, sondern auch eine Übersicht über klinische Verläufe kriegen. Dann kommen wir möglicherweise in eine Art Frühphase, in der wir vielleicht Dinge verhindern können, bevor sie eintreten. Das ist das langfristige Ziel dieses gemeinsamen Projektes mit dem Wissenschaftsministerium. Daran arbeiten wir.

Wir sind auch noch mit anderen Labors im Gespräch. Diese Laborschalte hat sich übrigens bewährt; ich mache die schon sehr lange, schon seit der Zeit, in der wir in Bayern noch viel Kritik zu den Jedermann-Tests bekamen. Jetzt wissen wir, dass Testungen ein Stück Sicherheit für die Menschen darstellen. Deswegen ist es gut, dass wir dieses System haben.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Denken Sie an die Maske.
– Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und kommt von der Kollegin Eva Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kultusminister! Falls sich in der morgigen Ministerpräsidentenkonferenz, in welcher Form auch immer, eine von mir sehnlichst erwünschte Schulöffnung ergeben sollte, in welcher Priorität erfolgt diese dann – und warum?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, viele wünschen sich sehnlich, dass Schulen und Kitas wieder geöffnet werden. Das ist, was man so hört, durchaus auch im Bereich des Möglichen.

Klar ist aber, dass das nicht alle Klassen betreffen wird. Es wird auch nicht vollen Präsenzunterricht geben können. Auch stellt sich, wie im letzten Schuljahr, wieder die Frage der Priorisierung. Da gehen die Meinungen natürlich auseinander. Nach meiner Einschätzung wird es aber eine ähnliche Priorisierung geben, die ich wie im letzten Schuljahr auch unterstütze.

Das heißt, dass es natürlich die Jüngsten und Kleinsten sind, die wir wieder in die Schulen zurückholen wollen. Aus mehreren Gründen sind das also die Grundschulkin- der. Grundschulkin- der benötigen besonders intensive soziale Kontakte. Gerade bei Grundschulkin- dern ist es nicht ganz so einfach, den Distanzunterricht sicherzustellen. Auch sind bei Grundschulkin- dern die Eltern, weil sie diese unterstützen müssen, be- sonders gefordert.

Das ist also die eine Schiene. Ich wünsche mir, dass sie alle Klassen der Grundschule umfassen wird und wir für die Kinder wieder Präsenzunterricht bekommen werden.

Der zweite Fokus liegt natürlich auf den Abschlussklassen. In Bayern gibt es schon für die Q12 des Gymnasiums, aber auch für FOS und BOS und einige Klassen aus dem beruflichen Bereich, die Kammer- und IHK-Prüfungen machen, Wechselunterricht. Wir haben aber gerade auch diejenigen, die an der Mittel- oder der Realschule den Ab- schluss machen wollen, im Fokus.

Was man klar sagen muss: Ähnlich wie im letzten Jahr werden wahrscheinlich die Unter- und die Mittelstufe nicht gleich drankommen. Es ist sehr erfreulich, dass dort der Distanzunterricht so gut funktioniert. Es gibt inzwischen sogar Eltern und Schüler,

die sich eher den Distanzunterricht als den Präsenzunterricht wünschen. Das ist im Grunde genommen eine Umdrehung dessen, was man in den letzten Wochen viel in den Medien gehört hat. Distanzunterricht "boomt" förmlich.

Trotzdem sollte man ihn immer auch mit einem kritischen Auge sehen. Distanzunterricht ist dem Präsenzunterricht nicht gleichwertig. Ich kriege auch viele Berichte, dass es doch die eine oder andere Ausweichbewegung gibt. Wir müssen insofern natürlich schauen, wie wir auch diesen Schülerinnen und Schülern gerecht werden und wie wir sie möglichst zügig wieder in die Schulen zurückführen.

Was mir wichtig ist: Wenn die Kinder und Jugendlichen wieder in die Schulen kommen, dann muss es auch eine Phase des Ankommens geben. Das ist das Erste, was mir wichtig ist. Das Zweite: Wir müssen jede Schulöffnung mit höheren, zusätzlichen Sicherheitsstandards für unsere Lehrkräfte und für unsere Schülerinnen und Schüler begleiten. Ich bin da in intensivem Austausch mit dem Kollegen Holetschek. Wir haben uns in den letzten Tagen intensiv bezüglich Masken und Testungen abgesprochen. Da wird also einiges getan, damit unsere Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler auch im Präsenzunterricht möglichst sicher sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich wieder an das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege und kommt vom Kollegen Andreas Winhart.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister, werte Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Tagen wurden Pressemeldungen bekannt, dass Bewohner von Pflegeheimen, beispielsweise in Osnabrück, trotz zweimaliger Impfung, teils mit Symptomen, positiv auf Corona getestet wurden. Hier besteht offenbar die Gefahr, dass die von der Staatsregierung in den Impfzentren und in den Altenheimen verteilten Impfstoffe gegen die neue Mutation nutzlos sind.

Ich frage Sie daher: Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung vor, dass die bisher verwendeten Impfstoffe gegen Corona-Mutationen nicht oder nur unzureichend wirken? Wie sieht der konkrete Plan B der Staatsregierung aus, falls sich, wenn auch nur in Teilen, eine Unwirksamkeit herausstellen sollte?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Winhart, nach meinem Kenntnisstand wirkt der Wirkstoff von BioNTech, der in den Pflege- und Altenheimen vorwiegend eingesetzt wurde, weil er einer der ersten Impfstoffe war, gegen beide Mutationen. Wie ich von den Herstellern und im Moment auch von der Wissenschaft höre, wird weiter untersucht.

Ich selber habe mit BioNTech noch einmal über die Frage Gespräche geführt, wie man die Impfstoffe in Bezug auf Mutationen möglicherweise anpassen muss. Das wird sicherlich auch ein Thema sein.

Auch hier gilt, was vorhin bei der Frage des Kollegen gegolten hat: Wir werden uns in Zukunft weiter mit Mutationen auseinandersetzen müssen, weil Mutationen dazugehören. Insofern werden die Forschung und die wissenschaftliche Entwicklung dem immer wieder angepasst. Das ist mein Kenntnisstand zu der Frage, die Sie gerade gestellt haben.

Präsidentin Ilse Aigner: Der Kollege Winhart hat eine Rückfrage.

Andreas Winhart (AfD): Entschuldigung, das war nicht ganz überzeugend. Sie haben selbst gesagt, dass Anpassungen am Impfstoff durchgeführt werden müssen. Wenn alles wunderbar funktionieren würde, müsste man ja nicht unbedingt anpassen.

Noch einmal ganz konkret: Wenn sich herausstellen sollte – der Impfstoff von BioNTech mag vielleicht wirken –, dass die anderen beiden oder die dritten, vierten und fünften Impfstoffe nicht wirken, was will die Staatsregierung dann machen? Wie will die Staatsregierung ihre Impfstrategie anpassen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Winhart, zur ersten Frage: Ob ich Sie jemals überzeugen kann, dass Impfen richtig und wichtig ist – –

(Zuruf)

Zur zweiten Frage, die Sie gestellt haben: Das ist ein ganz normaler Prozess. Ich glaube, wir müssen froh darüber sein, dass wir in dieser Zeit einen wirksamen Impfstoff, der auch zugelassen ist, bekommen haben. Das ist keine Notfallzulassung, sondern eine reguläre Zulassung.

Dieser Impfstoff ist nach Auskunft der Wissenschaftler und Hersteller auch gegen die gängigen Mutationen wirksam. Natürlich muss man immer wieder prüfen, wie sich das weiterentwickelt, und möglicherweise auch anpassen. Es wäre ja geradezu grotesk, wenn man neue Erkenntnisse, die auftauchen, nicht auch einfließen lassen würde, um ein Produkt weiterzuentwickeln und anzupassen. Ich erwarte das. Es gibt ein System der Zulassung und der Prüfung durch das Paul-Ehrlich-Institut, das RKI und alle beteiligten wissenschaftlichen Einrichtungen.

Von daher kann ich nur noch einmal sagen: Ich glaube an die Zuverlässigkeit dieser Impfstoffe. Wenn ich dran bin, würde ich mich persönlich auch mit jedem dieser Impfstoffe impfen lassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Frage richtet sich ebenfalls an Staatsminister Holetschek und kommt von dem Kollegen Markus Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Staatsminister, als Gesundheitsminister haben Sie die Aufgabe, für eine bestmögliche Gesundheit der Bevölkerung zu sorgen. Mit der einseitigen Fokussierung der Politik auf Corona kann man nicht mehr davon ausgehen, dass dieses Ziel ganzheitlich erreicht wird. Hierzu habe ich zwei Fra-

gen: Was tun Sie konkret zur Suchtprävention in der Bevölkerung? Unter anderem ist der Alkohol- und Tabakkonsum im letzten Jahr sehr stark angestiegen.

Meine zweite Frage: Warum ist Amateurvereinsport im Freien weiterhin nicht erlaubt?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich nehme an, dass das jetzt die Frage auf die Nachfrage war, Frau Präsidentin.

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, das war die originäre Frage des fraktionslosen Abgeordneten.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Nur, dass ich es schon einmal weiß. – Die erste Frage bezog sich auf die Suchtprävention. Das ist ein Thema, das uns ganz wichtig ist und uns am Herzen liegt. Wir stehen zum Beispiel auch – das hat auch mit Corona zu tun – immer wieder im Kontakt mit den Selbsthilfegruppen, zum Beispiel mit den Anonymen Alkoholikern. Es gibt dort Themen, bei denen man mitdenken muss. Wir müssen überlegen, was diese Gruppen in diesen Zeiten tun können und wie wir sie dabei unterstützen können.

Wir beschäftigen uns gerade auch mit einer digitalen Plattform zum Thema Suchtprävention insgesamt, wo wir versuchen wollen, die Menschen anders anzusprechen. Hier geht es vor allem um die jungen Leute. Wir haben verschiedene Programme, die sich mit dem Thema Drogen beschäftigen, beispielsweise mit Crystal Meth, und wir haben entsprechende Beratungsstellen.

Das Thema ist meines Erachtens ein ganz wichtiges und zentrales, das auch bei uns mit den Haushaltsmitteln, die wir zur Verfügung stellen, abgebildet wird. Wir haben das schon im Fokus, weil man gerade in diesen Zeiten – da haben Sie recht – auch an diese Bereiche denken muss. Ich habe es beim letzten Mal am 4. Februar deutlich gemacht, als wir den Weltkrebstag hatten; denn Erkrankungen darf man in dieser Zeit nicht wegdiskutieren, man muss sie vielmehr fokussieren. Oftmals gibt es eine Verbindung zu Corona. Wir haben ein breites Spektrum.

Ich denke, wir alle versuchen, an den Stellen das Bestmögliche für die Gesundheit der Menschen in Bayern zu erreichen.

Ihre zweite Frage bezog sich auf die Sportarten. Dieses Thema wurde damals in Verbindung mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz angesprochen. Ein Gericht hat uns im Zusammenhang mit den Fitnessstudios kritisiert. Diese Diskussion hat sich auf die Sporthallen ausgeweitet. Daraufhin haben wir uns entschieden, einen relativ strikten Kurs bei all den Fragen der Kontaktunterbrechung und der Einschränkungen zu fahren. Das kann man im Detail immer wieder diskutieren. Dass wir diese Linie konsequent, auch wenn es in der Diskussion immer wieder schwierig war – ich stehe da im Gespräch mit Jörg Ammon, dem Präsidenten des BLSV, und anderen –, durchgehalten haben, hat zum Erfolg beigetragen, den wir jetzt bei den Inzidenzzahlen haben.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage vom Kollegen Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Holetschek, mir geht es jetzt speziell beim Sport um den Amateursport im Freien. Wo ist beispielsweise der Unterschied zwischen einem Wanderer und einem Golfspieler? Letzterer darf den Golfplatz nicht betreten, ein Wanderer schon. Wo ist der Unterschied zwischen einem Profifußballer und einem Amateurfußballer, wenn Letztere sich im Freien treffen, um den Sport auszuüben und Umkleidekabinen und geschlossene Räume nicht nutzen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Wir haben uns konsequent dafür entschieden, bestimmte umschlossene Einrichtungen nicht zugänglich zu machen, weil wir keine Anreize geben wollten, dass man sich trifft. Deswegen war das eine Grundsatzentscheidung. Dort, wo Hygienekonzepte vorliegen, im Profisport, wo man auch Diskussionen geführt hat, gibt es auch andere Abschichtungen. Wir werden sicherlich an dem Thema weiterarbeiten, weil die Sportverbände zu Recht wissen wollen, was zukünftig möglich ist. Sie möchten mit uns gemeinsam Konzepte entwickeln, weil Sport ein Teil der Gesundheit und der Prävention ist. Deswegen müssen wir auf der einen Seite konsequent bleiben, Kontakte unterbinden und sehr stringent handeln,

auf der anderen Seite dürfen wir aber nicht aus den Augen verlieren, was für die Zukunft möglich und notwendig ist. Auf dem Feld sind wir aktiv und freuen uns über jeden konstruktiven Beitrag, der meistens von anderer Seite kommt.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächsten beiden Fragen gehen an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Der erste Fragesteller ist der Kollege Klaus Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Erste Frage und Zusatzfrage betreffen die IT-Ausstattungen, die Systemadministratoren an den Schulen. In Bayern sind bekanntlich 20 Milliarden Euro für die Ministerien zur freien Umsetzung notwendiger Maßnahmen im Rahmen von Corona bereitgestellt worden. Im Juli haben Bund und Länder eine Zusatzvereinbarung getroffen. Sie haben Mittel für die Förderung von IT-Administratoren zur Verfügung gestellt. Die Begründung, warum es dieser Zusatzvereinbarung bedarf, steht in der Präambel, und sie lautet: Corona.

Anfang November sind die Gelder freigegeben worden. Sie können von den Ländern abgerufen werden, wenn die entsprechenden Förderrichtlinien vorliegen. Ich darf zitieren: Das Administrationsprogramm reiht sich in die Digitalisierungshilfen des Bundes in der Corona-Pandemie ein. – Drei Monate später hat Bayern noch keine Förderrichtlinien.

In der letzten Woche haben wir im Fernsehen und auf Nachfrage des Kollegen Fischbach im Plenum erfahren – im Übrigen erfährt man im Fernsehen bei Talkshows mehr als hier im Landtag, das sage ich auch klipp und klar –, dass die Wartung und Pflege Aufgabe der Kommunen als Sachaufwandsträger ist und dass der Corona-Fonds nur für Dinge gedacht ist, die Corona direkt betreffen. Darüber hinaus würden die Administratoren noch bis zum Jahr 2024 gefördert. Ich will Ihnen damit schon einen Teil Ihrer Antwort vorwegnehmen.

Ich frage Sie: Warum können die Endgeräte aus dem Corona-Fonds gezahlt werden, aber nicht die dafür notwendigen IT-Administratoren, obwohl sich sowohl das Bundes-

bildungsministerium als auch die Zusatzvereinbarung zum Digitalpakt explizit auf Corona beziehen? – Die Nachfrage kommt.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Adelt, es tut mir sehr leid, dass Sie mehr aus Talkshows als aus dem Parlament erfahren. Ich denke, da machen Sie als Landtagsabgeordneter etwas falsch.

(Zuruf)

– Doch, das glaube ich schon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Denn Sie haben als Landtagsabgeordneter ein wesentlich weiter gehendes Antrags- und Anfragerecht, als Sie das normalerweise vom Fernsehsessel aus haben. Ich denke, Ihre Bemerkung war nicht ganz ernst, sondern ein wenig spöttisch gemeint. Ich möchte aber jetzt Ihre Frage ernsthaft beantworten.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Adelt (SPD))

– Nein, ich denke, dass Sie sehr viele Antworten bekommen, Sie können ja auch Fragen stellen. Herr Kollege Fischbach bekommt sehr viele Antworten, durchaus auch sachliche Antworten aus dem Kultusministerium. Wir haben ihm Tausende von Seiten geschickt. Ich will Sie jetzt nicht animieren, dass Sie genauso viele Fragen stellen wie Herr Fischbach, denn das macht uns sehr viel Arbeit.

Jetzt möchte ich aber konkret auf die Dinge eingehen. Wir sollten uns immer genau die Förderprogramme anschauen. Was ist ein Bundesprogramm? Was ist ein Landesprogramm? Was sind die jeweiligen Voraussetzungen, und in welcher Abstufung findet etwas statt? – Im Kern Ihrer Frage geht es um die Geräte. Ich hatte vorhin bei der Antwort auf die Frage der Kollegin Strohmayr deutlich gemacht, wie schnell auch ein Pro-

gramm wirken kann, gerade bei den Schülerleihgeräten. Das ist anders aufgesetzt als andere Programme. Der klassische ursprüngliche Digitalpakt hat eine andere Form, auch eine andere Form der Auszahlung.

Bei Wartung und Pflege, das möchte ich ganz deutlich sagen – ich möchte mich hier ausdrücklich beim Finanzminister bedanken, weil er wohl über mehrere Schatten gesprungen ist und wir gemeinsam in Verhandlungen sind –, liegt die Zuständigkeit bei den Kommunen, bei den kommunalen Sachaufwandsträgern. Trotzdem, das haben wir bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, werden wir bei dieser großen Aufgabe der Digitalisierung den Kommunen großzügig unter die Arme greifen. Wir haben gemeinsam etwas vereinbart, auch beim Digitalisierungsgipfel. Dieses Programm müssen wir – das hatte ich beim letzten Mal auch Herrn Fischbach gesagt – durch den Haushalt bringen und vom Haushaltsgesetzgeber verabschieden lassen.

Etwas anderes ist es bei der Unterstützung durch den Bund, aber auch da ist es ein Programm, was aufgesetzt ist, was erst in der Bund-Länder-Vereinbarung entsprechend unterstützt wird. Aber selbstverständlich können auch bei der Anschaffung von Geräten – so haben wir es auch vereinbart – die Kommunen entsprechend Personal für Wartung und Pflege einstellen. Das haben übrigens einige schon vorher gemacht. Sie können dann die Förderung sogar rückwirkend (ab dem vorzeitigen Maßnahmenbeginn am 3.6.2021) abrufen. Sie haben die Möglichkeit, eigenes Personal anzustellen oder Wartungsverträge abzuschließen, zum Beispiel als inkludierter Teil von Leasingverträgen sind. Es gibt hier verschiedene Modelle, aber die Gemeinden müssen das entsprechend tun. Das ist immer ein Zusammenspiel von verschiedenen Ebenen.

Diesmal ist sogar der Bund mit Programmen vorangeschritten. Wir in Bayern waren aber schneller. Hier wurde Entsprechendes umgesetzt. Die Kommunen müssen dann das Geld abrufen. Es gibt eine ganze Reihe von Programmen, zum Beispiel das älteste Programm BAYERN DIGITAL II. Auch hier gibt es noch Gelder. Ich fordere die Kommunen immer wieder auf, dieses Geld abzurufen. Das tun viele; andere tun es aber

nicht. Hier ist Geld für Geräte vorhanden. Ich freue mich und will auch, dass dieses Geld abgerufen wird. Nur so können wir mehr Tempo in die Digitalisierung bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Es gibt eine Rückfrage von Herrn Kollegen Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Vorab ein Hinweis: Meine Anfragen die IT-Administratoren betreffend wurden von Ihrem Ministerium wachsw weich beantwortet. Erst letzte Woche ist die klare Antwort gekommen, warum nichts vorwärtsgeht. So viel zur vermeintlichen Uninformiertheit.

Ich frage Sie trotzdem: Bei vielen Gemeinden liegen die Laptops und Lehrerendgeräte zum Teil noch unbenutzt im Haus, weil keine Systemadministratoren da sind. Das haben Sie sehr deutlich gemacht. Sie haben die Mittel und Möglichkeiten. Was soll ich Eltern, Schülern und Kommunen auf die Frage antworten, warum die Geräte wegen fadenscheiniger Gründe nicht genutzt werden können? – Ich sage, weil die Mittel nicht freigegeben werden. Dabei werden sie jetzt gebraucht und nicht im September, weil Corona dann hoffentlich vorbei ist.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Herr Kollege Adelt, Wartung und Pflege sind Aufgaben der Gemeinden. Sie haben die Möglichkeiten. Nehmen wir einmal die Stadt München: Hier gibt es ein ganzes Referat dafür. Ohne Namen nennen zu wollen, es gibt Landräte, die vier bis sechs Mitarbeiter dafür haben. Das ist erst einmal eine Aufgabe des Sachaufwandsträgers. Ich weiß nicht, ob es von einem Sachaufwandsträger so schlau ist, wenn er Geräte kauft und sie dann im Keller versteckt. Das ist doch nicht Sinn der Sache. Mit den meisten Geräten passiert das übrigens auch nicht. Wir legen ein zusätzliches Programm auf, bei denen Gemeinden, Städte und Landkreise entsprechende Leute einstellen können. Aber sie müssen es auch tun. Es gibt verschiedene Ebenen. Wir können nicht mehr tun, als Geld geben, Programme aufsetzen und unterstützen. Wir können nicht auch noch selbst die Leute einstellen.

Es gibt 171 Berater digitale Bildung, die auch unterstützen. Es gibt übrigens viele Lehrkräfte, die unterstützen, obwohl das eigentlich nicht ihr Job ist. Sie tun es aber trotzdem. Um es aber noch einmal deutlich zu machen: Wartung und Pflege sind grundsätzlich eine Aufgabe der kommunalen Sachaufwandsträger, weil es sich unbestritten um Sachen handelt. Das ist auch rechtlich bei uns in Bayern so festgeschrieben. Die Bereitstellung von Computern ist ein Sachaufwand.

Ich wiederhole es trotzdem noch einmal, weil ich den Ball nicht immer nur den Kommunen zuspiele. Sie haben es ja bereits angedeutet. Sowohl Bayern als auch der Bund sind den Kommunen gerade während Corona großzügig und mit viel Geld zur Seite gesprungen. Das Geld müssen aber die Kommunen ausgeben. Hier will ich für den einen oder anderen noch einmal eine Lanze brechen. Vieles muss europaweit ausgeschrieben werden. Das braucht Zeit. Die Kommunen müssen auch erst einmal in den entsprechenden Kommunalparlamenten Entscheidungen herbeiführen. Dann müssen die Mitarbeiter auch auf dem Markt sein. Das ist alles nicht so leicht. Ich möchte die Schuld nicht einfach den Gemeinden zuschieben. Es ist ein komplexer Prozess, bei dem wir aber in den letzten Wochen und Monaten sehr gut vorangekommen sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Der schon zitierte Kollege Fischbach hat offensichtlich auch mündliche und nicht nur schriftliche Fragen. – Bitte schön.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, wir haben Ihre Prioritätensetzung bei der Umsetzung des Schuldigitalisierungsgipfels im Juli 2020 viel diskutiert. Darauf brauche ich an dieser Stelle eigentlich nicht weiter eingehen oder es kommentieren. Die Familien treibt gerade vielmehr um, wie es in den nächsten Tagen an den Schulen weitergeht. Ich danke auch Frau Kollegin Gottstein für ihre Frage und die darauf folgende Antwort. Hier möchte ich einhaken.

Herr Staatsminister, Sie haben gesagt, dass die Unter- und Mittelstufen wahrscheinlich nicht gleich drankommen, haben aber ausgeführt, dass es Ihnen bei den Grundschulkindern wegen der sozialen Kontakte und der geforderten Eltern ganz wichtig ist, Distanzunterricht zu vermeiden. Ich frage Sie aber schon, warum bei den 5. und 6. Klassen diese Argumente nicht zutreffen. Soziale Kontakte sind auch bei diesen jungen Kindern wichtig. Der Einstieg fällt im Distanzunterricht oft schwer. Auch hier sind meist die Eltern gefordert. Bei den weiterführenden Schulen kommt auch ein neues Schulumfeld hinzu.

Der Landtag hat das übrigens auch in einem entsprechenden Beschluss auf der Drucksache 18/10965 zu Beginn dieser Lockdown-Debatten festgehalten. Daraus ging eine klare Prioritätensetzung hervor: In den Abschlussklassen, den 1. und 4. Klassen der Grundschule und den jeweils niedrigsten Jahrgangsstufen der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen soll Präsenzunterricht stattfinden. Warum handeln Sie nicht in diesem Sinne, oder haben Sie sich auf Bundesebene schon dafür eingesetzt? Mir ist es ganz wichtig, den 5. und 6. Klassen eine Perspektive zu geben und zu klären, wie es dort weitergeht.

Ein zweiter Punkt zum Testkonzept, das Sie gerade angesprochen haben. Leider kann ich den Ministerpräsidenten nicht persönlich fragen. Er hat nach der Kabinettsitzung am 26. Januar 2021 gesagt, dass das Testkonzept eventuell auch für Schüler infrage komme. Ist das noch eine Überlegung? Es ist für die Abschlussklassen eine sehr relevante Frage, ob man hier auch Sicherheit für die Schüler schaffen kann.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Vielen Dank, Herr Fischbach. Beides sind natürlich wichtige Fragen. Ich gebe Ihnen recht. Die 5. und 6. Klassen der weiterführenden Schulen sind wichtige Klassen, wobei ich gar keine Klasse zurückstellen möchte. Eine Priorisierung ist immer schwierig. Man muss sie aber vornehmen. Auch ich habe das getan und auf die Frage von Frau Gottstein geantwortet. Die 5. und 6. Klassen sind genau diejenigen Klassen, die an der Notbetreu-

ung teilnehmen können, weil sie eben nicht so leicht eigenständig zu Hause lernen können. Ich habe auch sie im Blick.

Auf der anderen Seite müssen wir aber sehen, dass wir zwei verschiedene Priorisierungen haben. Hier bin ich mit Kollegen Holetschek immer in enger Abstimmung. Eine Priorisierung betrifft den Gesundheitsschutz. Selbst beim Wechselunterricht, den wir jetzt für die Abschlussklassen abgehalten haben, gibt es den einen oder anderen Schüler in der Q12, der Sorge hat, sich in der Schule anzustecken. Zwar gibt es viele Untersuchungen, die von einer geringen Infektionsgefahr in der Schule ausgehen, aber Infektionen sind nicht ganz auszuschließen. Daher müssen wir immer beides bedenken.

Einerseits ist der Wunsch bei mir als Kultusminister, bei den Mitgliedern des Bildungsausschusses und bei vielen anderen groß, die Schülerinnen und Schüler möglichst schnell in Präsenz zu unterrichten. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich auch in der Schule Kontakte beschränken. Wir dürfen nicht zu viele Schüler auf einmal in die Schulen lassen. Deshalb funktioniert ein voller Präsenzunterricht wahrscheinlich nicht so schnell. Man muss auch sehen, um welche Klassen es sich handelt.

Nehmen wir die Mittelschule als Beispiel: Hier würden die Abschlussklassen, also die 9. und 10. Klassen, relativ zügig hereingenommen. Nähme man auch noch die 5. und 6. Klassen hinzu, dann wäre das schon relativ dicht. Bei der Priorisierung wären die 5. und 6. Klassen also auch relativ bald an der Reihe. Wir haben uns über dieses Thema auch mehrfach bei der Kultusministerkonferenz ausgetauscht; das letzte Mal gestern Abend bis 21 Uhr. Sie haben dies vorhin angesprochen. Das sind wichtige Themen. Es gibt eine Priorisierung, und es ist immer bedauerlich für diejenigen, die nicht ganz am Anfang dabei sind.

Zur zweiten Frage: In der Einschätzung sind wir nicht weit auseinander. Ich habe dies bereits vorhin bei einer Frage erwähnt. Schul- und Kitaöffnungen muss immer die Frage der Sicherheit begleiten. Zur Sicherheit gehören zum Beispiel FFP2-Masken.

Wir haben nach Weihnachten schon 500.000 FFP2-Masken an Schulen zusätzlich zur Verfügung gestellt und werden weitere Masken zur Verfügung stellen. Wir stehen – ich habe es erwähnt – im engen Austausch mit dem Gesundheitsministerium, auch bei der Frage der Testungen, um sowohl Lehrkräften als auch Schülerinnen und Schülern bestimmte Dinge anzubieten.

Manche Dinge befinden sich aber immer noch in einer Phase der Erprobung. Daher gilt es nicht zu sagen, jetzt, zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt, bleibe es bei einem ganz bestimmten Sicherheitsstandard. Diesen werden wir immer wieder weiter hochfahren, wenn beispielsweise Selbsttests möglich sind. Wir denken auch irgendwann einmal über Pooling nach. Aber diese Dinge müssen auch zugelassen sein. Es darf uns nicht passieren, dass wir irgendwelche Verfahren anwenden, die eben noch nicht zugelassen sind. Im Hinblick auf die Richtung bin ich bei Ihnen.

Wir müssen auf den Gesundheitsschutz achten. Das bedeutet, neben den klassischen Hygieneregeln, neben Lüften und vielem mehr, auch Testen und Maskentragen. Auf der anderen Seite gibt es den Bildungsanspruch, der nach Möglichkeit mit Präsenzunterricht verbunden ist.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Fischbach hat noch eine Rückfrage.

Matthias Fischbach (FDP): Sie haben gerade sehr vorsichtig geantwortet – Zitat: "würde auch gerne". Wer hat denn jetzt eigentlich das Sagen in Bayerns Bildungspolitik? Der Landtag mit seinen Beschlüssen, der Kultusminister, der Ministerpräsident oder Bund und Länder, die dies dann auf Bundesebene vereinbaren?

Die zweite Frage lautet: Wie geht es eigentlich mit den gestrichenen Faschingsferien weiter? Wie gehen Sie mit den Streiks um, die angekündigt worden sind?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Zur Frage, wer das Sagen hat: Wir sind in einem föderalen System. Wir haben eine föderale Verfassungsordnung. Dort haben viele das Sagen. Ich glaube nicht und habe auch noch nie den

Eindruck gehabt, dass sich die FDP eine Diktatur wünscht, in der nur einer das Sagen hat. Deshalb sage ich: Dies sind mehrere. Das sind Abstimmungsprozesse.

Wir haben morgen eine Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin. Daran teilnehmen werden allesamt Menschen, die viel zu sagen haben und die morgen auch wieder viel miteinander zu bereden und zu beschließen haben. Dann werden wir das für Bayern am Donnerstag im Kabinett und zuvor auch im Koalitionsausschuss entscheiden, und zwar gemeinsam. Hier wird nicht nur einer, sondern wir werden gemeinsam entscheiden. Am Freitag werden wir ins Parlament gehen, hier an diesen Ort, und werden das Ganze entsprechend zur Abstimmung stellen. Ich bin sicher, dass wir für die Vereinbarungen auch eine Mehrheit bekommen werden, aber wir werden diese diskutieren. Insofern ist das – denke ich – ein breiter Konsens, den wir erzielen. Das ist auch gut so.

Natürlich – ich will das auch einmal deutlich machen, weil es diese Diskussion gibt – ist eine Diktatur manchmal schneller, wenn nur einer entscheidet, aber wir leben in einer Demokratie, und das ist gut so, weil wir auch vieles erklären können. In Zeiten von Corona ist es von entscheidender Bedeutung, zu kommunizieren und zu erklären. Nur dann können es die Menschen einsehen. Genau so ist es.

Damit bin ich bei Ihrer zweiten Frage: Selbstverständlich ist die Bandbreite – Sie wissen das genauso wie ich – gerade im Bereich Schule sehr, sehr groß. Wir hatten gestern einen sehr, sehr spannenden und sehr konstruktiven Dialog über alle Schularten hinweg mit Schülerinnen und Schülern, mit Lehrkräften, Eltern usw. Sie werden aber in jedem Verband mehrere Meinungen finden. Bei den Elternverbänden sagen sie es ganz offen: Bei uns gibt es Leute, die wollen sofort alle Schüler in der Schule haben, und es gibt andere, die haben Angst und wollen gar keinen Präsenzunterricht. Hier gilt es, viel zu reden und viel zu kommunizieren.

Hier gibt es nicht den Königsweg, sondern es ist jetzt meines Erachtens bei sinkenden Inzidenzzahlen der Zeitpunkt gekommen, an dem man wieder über Öffnungsperspekti-

ven redet, aber es ist nicht der Zeitpunkt, an dem wir einfach alles aufmachen und alles lockern. Das machen wir jetzt mit Fingerspitzengefühl, mit Sachverstand und auch mit entsprechender Beratung durch Virologen. Das machen wir Schritt für Schritt und sehr vernünftig. Wir werden sicherlich auch – wenn sich die Zahlen weiter so entwickeln – lockern. Insofern hat – das will ich deutlich sagen –, wenn ich mir die heutigen Zahlen ansehe, das, was diese Regierung in den letzten Wochen und Monaten getan und zusammen entschieden hat, Erfolg gehabt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die Zahlen sind gesunken. Dies ist ein großer Erfolg.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Der Fragesteller ist Herr Kollege Dr. Marcel Huber für die CSU-Fraktion.

Dr. Marcel Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Staatsminister, die Menschen wollen natürlich wissen, ob sie an COVID-19 erkrankt sind. Sie wollen wissen, ob sie krank sind, aber wenn sie sich gesund fühlen, wollen sie auch wissen, ob sie andere anstecken könnten. Dafür hat der Staat Testmöglichkeiten geschaffen, mit PCR-Tests in Testzentren oder auch mit Schnelltests, die zum Beispiel Ärzte anbieten. Allerdings ist dies immer mit Aufwand verbunden: Man muss irgendwo hingehen oder hinfahren. Das kostet Zeit und ist nicht ganz so bequem.

Eine bequeme und sehr elegante Lösung wäre es, einen solchen Antigen-Schnelltest in Eigenanwendung zu Hause nutzen zu können. Die Industrie bietet so etwas an. Diese Möglichkeit wurde nun jüngst vom Bundesgesetzgeber geschaffen: Hier hat es eine Änderung der Medizinprodukte-Abgabeverordnung gegeben, die solche Tests nun von der Abgabebeschränkung befreit. Voraussetzung dafür ist meiner Kenntnis nach allerdings eine Zulassung und eine Anweisung, wie man solche Tests anwenden kann. Deshalb die Frage: Wie sieht es denn mit der Möglichkeit aus, solche Schnell-

tests zukünftig zu Hause durchzuführen? Wann ist damit zu rechnen, dass die Bürger in Bayern Antigen-Schnelltests zur Eigenanwendung zur Verfügung haben?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herzlichen Dank für die Frage zum wichtigen Thema Testen. Ich glaube, das Thema Testen ist tatsächlich eine der Säulen der Gesamtstrategie – die PCR-Tests, aber natürlich auch die Antigen-Schnelltests, von denen Bayern übrigens als eines der ersten Bundesländer sehr schnell viele Millionen gekauft hat.

Zur Frage der Schnelltests zur Selbstanwendung: Wir haben dies in der letzten Gesundheitsministerkonferenz am Montag diskutiert, weil das alle Länder betrifft. Wir wollen beim nächsten Mal den Präsidenten des BfArM, des Instituts, das die Zulassung endgültig erteilen muss, einladen und uns dann noch einmal überzeugen, ob die qualitativen Anforderungen, die wir an diese Tests gemeinsam haben, erfüllt werden. Dies liegt natürlich vor allem an den Herstellern, die zuliefern und auch per Gutachten verdeutlichen müssen, wie die Sensitivität und Validität dieser Tests letztendlich sind. Wir hoffen, dass dies innerhalb der nächsten vier bis sechs Wochen gelingt – dies wäre das Ziel –, dass wir diese Tests auch großflächig einsetzen können und dass diese dann auch ein Teil des Sicherheitssystems sein können, das wir anbieten wollen.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege – –

Dr. Marcel Huber (CSU): Gibt es zu diesen Tests, die zum Beispiel in Österreich schon angewendet werden, Erfahrungen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Entschuldigung, das habe ich akustisch nicht verstanden.

Dr. Marcel Huber (CSU): Meine Frage war, ob es zu diesen Tests in anderen Ländern, zum Beispiel in Österreich, Erfahrungen gibt.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): In Österreich werden sie angewendet. Ich habe dazu noch keine Rückmeldung. Wie gesagt, gab es bei uns

eine Diskussion über die Qualität dieser Tests, das heißt, ob die Studienlage der Hersteller ausreichend ist. Dies wollen wir nächste Woche noch einmal direkt beim BfArM erfragen. Wir hoffen, dass es dann zügig umgesetzt werden kann.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Frage geht an das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Die Fragestellerin ist Frau Kollegin Anne Franke.

Anne Franke (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich stelle eine Frage zur Erforschung und Zulassung wichtiger Medikamente, die schwere Verläufe von COVID-19 lindern und verhindern könnten. Hier gibt es vielversprechende Ansätze, aber wir wissen alle, es gibt keine Zulassung und wir kommen hier sehr schleppend voran. Wir wissen auch, es würde unser Corona-Management auch völlig verändern, wenn wir solche Medikamente hätten. Der Wissenschaftsrat sagt jetzt in einer aktuellen Studie, dass es deutliche Schwächen im deutschen Wissenschaftssystem gibt. Demnach wird bei klinischen Studien zu COVID-19-Medikamenten – ich zitiere – das Potenzial für die Verbesserung der Versorgung hierzulande nicht ausgeschöpft. Der Wissenschaftsrat sagt auch, in anderen europäischen Staaten wie den Niederlanden oder Großbritannien liege die Anzahl öffentlich finanzierter Studien zu COVID-19 deutlich höher. Deshalb frage ich Sie jetzt: Wie bewerten Sie diese Kritik in Bezug auf Bayern? Warum kommt das im Dezember beschlossene 50-Millionen-Euro-Programm zur Therapie- und Medikamentenforschung so spät? Halten Sie es tatsächlich für ausreichend? Welche konkreten Projekte werden damit unterstützt?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister Sibler, Sie haben das Wort.

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Frau Franke, das ist eine wichtige Frage. Sie haben deshalb auch schon eine Anfrage zum Plenum gestellt, die von den Kolleginnen und Kollegen des Wirtschaftsministeriums beantwortet wird, weil dieses federführend für die Forschungen zuständig ist. Dieses teilt mit, dass das 50-Millionen-Euro-Programm vor Weihnachten auf den Weg gebracht worden ist, dass die Skizzen zum 31.01. abgegeben

worden sind und dass diese Skizzen gerade einer wissenschaftlichen Bearbeitung und Begutachtung unterliegen. Das sind immer Peer-Verfahren, die für sich erst einmal anonym sind. Das heißt, dies läuft seit einer Woche. Das Ergebnis werden wir in den nächsten Tagen oder Wochen erhalten. Ich konnte das nur aus der Anfrage an das Wirtschaftsministerium nachvollziehen, weil dieses zunächst einmal zuständig ist.

Die Maßnahmen, die wir auf den Weg gebracht haben, die Studien, die das Wissenschaftsministerium auf den Weg gebracht hat, laufen seit dem Frühjahr. Wir haben unendlich viele Studien auf den Weg gebracht. Herr Kollege Reiß sitzt hier: Wir waren gemeinsam in Tirschenreuth unterwegs, wo die Universität Regensburg eine ganze Reihe von Studien erstellt hat. Die Namen der einschlägigen Virologen – Hölscher, Protzer, Keppler und wie sie alle heißen – sind Ihnen ja geläufig. Ich darf nur auf die "COVID Kids Bavaria"-Studie verweisen, auf eine Studie des Universitätsklinikums Regensburg, auf die Studie "Münchner Virenwächter" und eine B-FAST-Studie der LMU-Klinik. Die Universitätskliniken Regensburg und Erlangen haben weitere Studien im Umfeld von Tirschenreuth auf den Weg gebracht. Es gibt eine Münchner Kohortenstudie usw. Das Thema der Medikamentenforschung ist ein entscheidendes. Das haben wir immer wieder besprochen. Da ist viel unterwegs. Die Dinge – das 50-Millionen-Euro-Programm – laufen entsprechend. Es wird kontinuierlich weiter geforscht und gearbeitet. Im Mittelpunkt standen bisher die Impfstoffe. Es war ein entscheidender Punkt, dass wir hier in kürzester Zeit, innerhalb von nur elf Monaten – normalerweise reden wir über Zeiträume von zehn Jahren –, ein erfolgreiches Projekt auf den Weg gebracht haben. Deshalb ist beides sehr wichtig; aber Impfen war jetzt wichtiger. Jetzt geht es mit den Medikamentenstudien weiter.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage von der Kollegin Franke.

Anne Franke (GRÜNE): Ich habe noch eine Nachfrage. Herr Staatsminister Sibler, Sie haben jetzt viele Studien zur Infektionslage genannt. Auf die Medikamente kommen Sie spät, nämlich jetzt erst. Natürlich waren die Impfstoffe jetzt wichtig; aber Medikamente sind auch entscheidend, vor allem wenn sie helfen würden, schwere Ver-

läufe zu verhindern oder zu lindern. In den USA macht das NIH fast schon die Zulassung eines tiermedizinischen Präparats. Da ist in anderen Ländern einiges im Gange, was gegen COVID-19 hilft. Deshalb frage ich Sie jetzt ganz konkret: Gibt es eine Aussicht, dass auch in Deutschland oder in Bayern bald Medikamente zugelassen werden, die schwere Verläufe verhindern könnten?

Staatsminister Bernd Sibler (Wissenschaft und Kunst): Ich habe auf dieses 50-Millionen-Euro-Programm hingewiesen. Das ist schon mal ein kräftiger Aufschlag, den man sehen muss. Hier sind wir bei den entsprechenden Ablaufphasen mit dabei. Natürlich arbeiten wir auch in vielen anderen Bereichen weiter, wie mit den Kollegen aus dem Gesundheitsministerium. Der Kollege Holetschek hat gerade darauf hingewiesen, wie wir bei vielen Studien gemeinsam unterwegs sind – bei der Sequenzierung und all diesen Dingen. Das Stichwort Remdesivir darf ich kurz nennen. Das war in der Hochphase ein Mittel der Wahl. Da ist man jetzt entsprechend weiter. Genau auf dieser Basis wird man weiter forschen und arbeiten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die nächste Anfrage kommt vom Herrn Abgeordneten Mannes. Bitte.

Gerd Mannes (AfD): Frau Staatsministerin Gerlach, Ihr Ministerpräsident Markus Söder sperrt die bayerischen Schulkinder seit fast einem Jahr aus dem Schulunterricht aus. Das hat neben verheerenden sozialen Auswirkungen auch schwer aufholbare Bildungsdefizite zur Folge. Die digitale Lernplattform mebis hat sich wegen mangelnder Stabilität als ungeeignet erwiesen. Beim Programm "Teams" des US-Giganten Microsoft bestehen Sicherheitsbedenken. Die bayerischen Gesundheitsämter mussten bei der Bearbeitung der Corona-Daten auf Handzettel, Faxgeräte und unterschiedliche Excel-Tabellen zurückgreifen – ein einziges Chaos. Das Ergebnis: Zum Beispiel gab es Verzögerungen bei der Übermittlung von Corona-Testergebnissen. 44.000 Reisrückkehrer warteten im August nach Tests an bayerischen Autobahnen auf ihre Ergeb-

nisse, darunter auch 900 nachweislich positiv Getestete. Die bayerische Unterstützungssoftware für die Gesundheitsämter BaySIM war wegen fehlender Schnittstellen nicht voll funktionstauglich. Jetzt wird das bundesweite Programm SORMAS eingesetzt. Bei der digitalen Bearbeitung der Corona-Hilfen gab und gibt es erhebliche Softwareprobleme und somit auch Probleme bei der Auszahlung der Corona-Hilfen und monatelange Verzögerungen.

Ihr Digitalministerium hat seit einem Jahr kein Gesamtkonzept – zumindest ist es mir nicht bekannt – bzw. kein Strategiepapier über die Maßnahmen der Digitalisierung in Bezug auf die Corona-Krise vorgelegt. Beim E-Government geht es auch kaum voran. Warum eigentlich? Ist das Digitalministerium nur ein Show-Ministerium, oder kommt da noch was?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Sehr geehrter Herr Mannes! In Ihrer Frage hat sich nicht alles auf Corona bezogen, und vieles hat überhaupt nicht mein Ressort betroffen. Aber ich gebe Ihnen gerne einen Überblick darüber, was wir in den letzten Monaten gerade in Bezug auf Corona gemacht haben. Vielleicht folgen Sie mir einfach auf Social Media, oder schauen Sie mal auf unserer Homepage vorbei. Das würde mit Sicherheit dazu führen, dass man etwas besser aufgeklärt ist. Allerdings wiederhole ich das hier gerne.

Was meine persönliche Zuständigkeit oder die des Ministeriums anbelangt, ist es so, dass wir uns Gedanken darüber gemacht haben, wie wir digitale Verwaltung im Corona-Zeitalter gegenüber dem, was wir ohnehin schon machen, noch zusätzlich unterstützen können, zum Beispiel über das formlose Kontaktformular. Das war sehr wichtig für über 700 Behörden, die das jetzt benutzen, um eine einfache Kommunikation mit den Bürgern möglich zu machen, ohne dass die ganzen Verwaltungsdienstleistungen, die durch die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes notwendig werden, jetzt schon da sein müssen, was erfahrungsgemäß nicht sein kann. Das ist bis Ende 2022 ange-

dacht. Das heißt, dieses formlose Kontaktformular hilft schon mal bei der Bearbeitung bzw. bei dem Kontakt mit dem Bürger, mit der Bürgerin.

Darüber hinaus haben wir den Film- und Kinobereich, der mir nicht nur persönlich am Herzen liegt, sondern für den wir auch zuständig sind, im Blick, damit uns unsere Kinos nicht wegsterben. Die gegenwärtige Situation ist – das ist kein Geheimnis – sehr schwierig für die Kinos. Über Monate waren Schließungen angesagt. Selbst als die Möglichkeit bestand, zu öffnen, waren Hygienekonzepte vorzulegen und Masken zu tragen. Das heißt, die große Masse konnte ohnehin nicht in die Kinos kommen, und wir mussten dafür sorgen, dass die Kinos angemessen unterstützt werden. Wir haben dort Programme aufgelegt, zunächst ein Soforthilfeprogramm, das ganz am Anfang der Corona-Pandemie schon in Kraft trat, weil die Kinos da schon geschlossen waren. Andere Bereiche wie vielleicht die Gastronomie konnten sich zum Beispiel mit Liefer-systemen ein bisschen abfangen. Das geht beim Kino nicht: Entweder man sitzt drin und bezahlt für den Film, den man schaut, oder nicht. Wir haben dort ein Soforthilfe-programm in Höhe von 775.000 Euro gleich auf den Weg gebracht

(Zuruf)

und danach die Soforthilfeprämien – die gibt es zwar jedes Jahr; die konnten wir aber verdoppeln – auf Juni vorgezogen, damit wir die Kinos über den Sommer, der für die Kinos ohnehin schon nicht leicht ist und mit Corona katastrophal ist, auffangen konnten. Dann ging es mit der Kinoanlaufhilfe weiter. Die Kinos durften im Herbst zwar wieder eine Zeit lang öffnen. Allerdings war es ein Problem, dass viele Bedenken hatten, in Kinos zu gehen. Zudem haben die Hygienevorschriften bedingt, dass nicht so viele Menschen in die Kinos gehen konnten. Das heißt, die Kinos haben da finanzielle Unterstützung gebraucht. Da haben wir 12 Millionen Euro bis Ende des Jahres zur Verfügung stellen können. Die Gelder sind toll abgeflossen. Wir sind – da können Sie in den anderen Bundesländern nachfragen – Vorzeigebundesland in der Kinoförderung. Zum Glück konnten wir das Programm in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium und der Unterstützung der Fraktionen noch mal auf 24 Millionen Euro aufstocken, weil es

noch weitergehen wird. Wir sind bekanntlich jetzt noch im Lockdown und wissen noch nicht genau, wann die Kinos öffnen können. Da müssen wir noch weiter Unterstützung generieren.

Dasselbe ist es zum Beispiel mit den Ausfallfonds. Es betrifft ja nicht nur die Kinos, sondern auch die Produktionsstandorte. Die Produktion ist ultraschwierig geworden dadurch, dass auch dabei Hygienevorschriften vorzusehen sind und Schauspieler ausfallen. Fällt einer aus, ist die komplette Produktion gestoppt. Das kostet extrem viel Geld. Da war es mit den Versicherungen schwierig. Wir haben uns bundesweit daran beteiligt, Ausfallfonds aufzustellen. Es gibt den Ausfallfonds 1 und 2, den einen für die Kinos, den anderen für die TV-Produktionen. Dort sind wir mit insgesamt 20 Millionen Euro involviert und helfen, dass der Produktionsstandort Bayern, der für uns gerade hier in München extrem wichtig ist, weiterhin stabil ist und auch nach Corona eine Zukunft hat.

Darüber hinaus haben wir uns angeschaut, was wir für den Mittelstand und die Einzelhändler tun könnten, die teilweise zum Beispiel noch nicht mal eine Homepage hatten oder keine Webshops. Wir sind mit dem Programm "Mia gehn online" zusammen mit der "UnternehmerTUM" in Städte reingegangen und haben Einzelhändlern angeboten, mal herauszufinden, was das richtige Modell oder die richtige digitale Plattform für sie ist, um in der schwierigen Corona-Zeit weiterhin Umsatz zu generieren – wir kennen alle: Click and Collect –, haben aber auch ermuntert, darüber hinaus Webshops anzubieten, die auch nach Corona weiterhin da sein müssen. Ich glaube, auch da muss man immer mehr umstellen. Auch darum ging es.

Dann ging es noch um die Bereiche der anderen Ministerien, wobei die Umsetzung da nicht in unserer Zuständigkeit liegt. Das wissen Sie. Nichtsdestoweniger beteiligen wir uns im Grund genommen bei allen Ministerien und helfen dort. Das beste Beispiel ist mit Sicherheit das Gesundheitsministerium mit BaySIM. BaySIM wurde nicht abgestellt, weil irgendwas mit der Plattform nicht funktioniert hätte. Die hat gut funktioniert. Sie haben die Schnittstellen angesprochen; das stimmt. Aber diese Schnittstellen

müssen auch bei SORMAS da sein. Das ist ein Problem des Bundes. Wir haben die Schnittstellen hin zum RKI gebraucht. Das ist kein bayerisches Problem. Trotzdem ist es sinnvoll, ein System komplett über Deutschland zu spannen, sodass man sich über die Bundesländer hinweg austauschen und Entwicklungen überblicken kann. Ich komme aus Aschaffenburg im Grenzgebiet zu Hessen und kenne das. Da ist immer ein Austausch da. Es ist interessant, wie sich dort die Zahlen entwickeln und wie dort die Nachverfolgung funktioniert. Von daher macht das mit Sicherheit Sinn.

Für die Plattform BayIMCO habe ich extra Leute aus meinem Ministerium für das Gesundheitsministerium abgestellt. Wir haben festgestellt, dass diese Schaltstelle, dieses Scharnier zwischen dem Behördenapparat und der IT wichtig ist. Es ist schön und gut, dass externe Anbieter Programme und Plattformen herstellen. Sie müssen aber wissen, wie der Behördenapparat funktioniert und wie die Abläufe sind. Sie müssen wissen, was genau benötigt wird, damit die Behörden in der Praxis mit dem IT-Apparat vorankommen. In meinem Haus sind Leute beschäftigt, die diese Schaltstelle sehr gut sicherstellen, aber gleichzeitig mit dem Behördenapparat vertraut sind. Sie verstehen aber auch sehr viel von der IT und setzen auf innovative Lösungen. Ich denke, wir sind gute Impulsgeber und leisten gute Arbeit, auch wenn das auf den ersten Blick nicht immer ganz so deutlich wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Wir haben eine Nachfrage des Herrn Abgeordneten Mannes.

Gerd Mannes (AfD): Danke für die Ausführungen. Jeder weiß, dass Sie hierfür nicht zuständig sind. Darum geht es mir aber gar nicht. Meine Frage lautete, ob Ihr Ministerium Ideen für Strategien entwickelt, die dann auch andere Ministerien umsetzen.

Frau Gerlach, ich habe eine Nachfrage: Der bayerische Wirtschaftsminister, Herr Aiwanger, hat aktuell auf Twitter ein Zugangssystem für Geschäfte beworben, das bei den Kunden automatisch die Körpertemperatur misst und kontrolliert, ob die Maske

richtig getragen wird. Ich frage Sie als Digitalministerin: Was halten Sie von dieser Technik? Unterstützen Sie die Idee? Ist sie mit der Datenschutz-Grundverordnung vereinbar? – Ich persönlich sehe das kritisch. Das ist eine Technologie aus China. In China gibt es Überwachungsmethoden. China ist ein totalitärer Staat. Wollen wir dieses System hier einführen? Wie sehen Sie das strategisch? Ist das ein Modell für Bayern, ja oder nein?

Staatsministerin Judith Gerlach (Digitales): Strategische Entwicklungen zu generieren, bedeutet nicht automatisch, dass alle Systeme, die zum Einsatz kommen sollen, mit uns abgesprochen oder uns zur Bewertung vorgelegt werden. Ich persönlich kenne das System, das das Wirtschaftsministerium einsetzen will, nicht. Ich müsste mir das genauer anschauen. Ich kann jetzt keine genauere Auskunft darüber geben, um welches System es sich handelt oder woher es kommt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Weitere Fragen sehe ich nicht mehr. Damit ist die Regierungsbefragung zu Corona beendet.